

Kreistag des Landkreises Altenburger Land

Niederschrift

KT/012/2015

der 12. Sitzung des Kreistages des Landkreises Altenburger Land – **öffentlicher Teil** -
am Mittwoch, dem 02.12.2015, 17:06 Uhr, im Landratsamt Altenburger Land,
Lindenaustraße 9, 04600 Altenburg, Landschaftssaal

Anwesenheit:

Landrätin

Sojka, Michaela

Fraktion CDU

Golder, Barbara

Greunke, Marcel

Gumprecht, Christian

Horny, Hans-Joachim Dr.

Hummel, Thomas

Lorenz, Kathrin

bis 18:15 Uhr

Melzer, Uwe

Neumann, Andre

Nündel, Thomas

Reinboth, Gerd

Ronneburger, Jürgen

Tanzmann, Frank

Ungvari, Johannes

Zippel, Christoph

Fraktion SPD

Backmann-Eichhorn, Kathrin

Läbe, Hendrik

Prehl, Ingo

Schemmel, Volker

Scholz, Wolfgang

Schwerd, Dirk

Stange, Steffen

Wolf, Michael

Fraktion Die Linke. Altenburger Land

Bergner, Peter

Börngen, Klaus

Burkhardt, Bernd

Dütsch, Brigitte

Eißing, Mandy

Fache, Sabine

Hübschmann, Klaus

Keller, Katja

Klaubert, Jana

Plötner, Ralf

Tempel, Frank

Fraktion Die Regionalen

Bugar, Hans-Peter

bis 18:00 Uhr

Kühn, Steffen
Liefländer, Klaus-Peter
Reimann, Thomas

FDP (fraktionslos)

Heitsch, Hans-Jürgen
Hermann, Rolf

Fraktionslos

Ulich, Antje

bis 18:30 Uhr

hauptamtl. Beigeordneter

Bergmann, Matthias

Fachbereichsleiter

Wenzlau, Bernd

Fachdienstleiter

Boße, Ludger
Gelbrich, Kunz
Gerth, Andrea
Heiner, Jens
Kiesewetter-Lorenz, Angela
Lorenz, Ralph
Schlegel, Wolfram
Wiegner, Steffen

Gäste:

Ronny Krause
Frank Rosenfeld
Regina Weißflog

Unternehmer aus Altenburg
Vorsitzender SPD im Altenburger Land
Bürgerin aus Altenburg

weitere Teilnehmer

Herrmann, Axel
Kleinfeld, Tom
Schmitt, Frank
Siegel, Karsten
Weiß, Torsten

sowie Fachdienstleiter und weitere Mitarbeiter des Landratsamtes, Vertreter der Presse und weitere Zuhörer.

Entschuldigt fehlen:

Fraktion SPD

Helbig, Carsten
Schrade, Sven

Fraktion Die Linke. Altenburger Land

Fischer, Annette

Unentschuldigt fehlen:

Fraktion SPD

Große, Claudia
Schubert, Hartmut Dr.

Fraktion Die Regionalen

Schleicher, Wolfgang

Vorsitz: Christian Gumprecht
Schriftführung: Kerstin Gabler, Katleen Kamprad
Beginn der Sitzung: 17:06 Uhr
Ende der Sitzung: 18:33 Uhr

Verlauf der Sitzung:

Der Vorsitzende, Herr Gumprecht, eröffnet die 12. Sitzung des Kreistages und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass die Mitglieder ordnungsgemäß geladen wurden und Beschlussfähigkeit besteht.

Herr Gumprecht fragt nach Änderungen in der Tagesordnung. Daraufhin ergreift Frau Sojka das Wort und erklärt, dass im Kreisausschuss besprochen wurde, dass der TOP 4 „Entsendung von stellvertretenden Mitgliedern in den Beirat für Migration und Integration“ mangels Vorschlägen zurückgezogen wird. Dieser Tagesordnungspunkt wird im März 2016 erneut auf der Tagesordnung des Kreistages stehen. Der Absetzung des Tagesordnungspunktes 4 wird mehrheitlich zugestimmt. Die folgenden Tagesordnungspunkte rücken entsprechend nach vorn.

Die folgende geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

- | | | |
|-------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------|
| 1 | Einwohnerfragestunde | |
| 2 | Genehmigung der Niederschrift über die 11. Sitzung vom 28. Oktober 2015 | |
| 3 | Verschiedenes | |
| 3.1 | Informationen der Landrätin | |
| 3.1.1 | Organisationsuntersuchung bezüglich Organisationsstruktur, Personalausstattung und Aufgabenwahrnehmung im Landratsamt Altenburger Land | |
| 3.2 | Anfragen aus dem Kreistag | |
| 4 | Mittelverwendung Regionalbudget 2016 | KT-DS/0134/2015 |
| 5 | Feststellung der Jahresrechnung 2014, Ergebnisverwendung sowie Entlastung der Werkleitung des Dienstleistungsbetriebes Abfallwirtschaft/Kreisstraßenmeisterei des Landkreises Altenburger Land | KT-DS/0135/2015 |
| 6 | Bestellung des Prüfers für den Jahresabschluss 2015 des Dienstleistungsbetriebes Abfallwirtschaft/Kreisstraßenmeisterei des Landkreises Altenburger Land | KT-DS/0136/2015 |
| 7 | Ergänzung zum Kreistagsbeschluss vom 05.03.2014 zum Investitionsvorhaben Erweiterungsbau Seniorenzentrum Meuselwitz GmbH | KT-DS/0137/2015 |
| 8 | Grundsatzbeschluss zur Sanierung und zum Erweiterungsbau der Staatlichen Grundschule Nobitz | KT-DS/0138/2015 |

TOP 1 Einwohnerfragestunde

Herr Gumprecht eröffnet die Möglichkeit, Fragen an die Landrätin zu stellen.

Herr Krause, Unternehmer aus Altenburg, meldet sich zu Wort und spricht einen Brief der Landrätin an, der derzeit in den sozialen Netzwerken verbreitet werde. In diesem Brief an die Bürgermeister des Landkreises werde gebeten, Unterkünfte mit einer Größe zwischen 3.500 und 5.000 m², die für neue Flüchtlinge zur Verfügung gestellt werden können, zu melden. Er fragt, was die Landrätin vorhat, wenn die Bürgermeister dies verneinen müssen, was wahrscheinlich der Fall sein wird, weil für Gewerbetreibende solche Plätze auch nicht da sind und wie Sie es umsetzen will, irgendwo die Gemeinschaftsunterkunft zu schaffen.

Frau Sojka antwortet, dass es sich um eine Aufgabe des übertragenen Wirkungskreises handelt und dass sie diese Frage nicht beantworten wird.

Frau Weißflog, aus Altenburg, hat eine Frage zum gefassten Beschluss im Kreistag am 28. Oktober 2015 zur Änderung der Entgeltordnung des Lindenau-Museums Altenburg. In diesem Beschluss sind u. a. bestimmte Personenkreise festgelegt, die Ermäßigungen beim Eintritt erhalten. Sie würde interessieren, warum aus diesem Personenkreis die Rentner generell herausgelassen worden sind, da diese teilweise unter der Armutsgrenze leben. Sie selbst konnte in diesem Jahr mehrfach erleben, dass man die Rentner in anderen Bundesländern bei kulturellen oder öffentlichen Veranstaltungen zum ermäßigten Personenkreis zählt oder diese sogar freien Zutritt haben. Sie fragt, warum dies im Altenburger Land nicht möglich ist.

Frau Sojka erklärt dies damit, dass das Einkommen der Rentner/innen sehr differenziert sei und man sich deswegen schon vor vielen Jahren davon distanziert habe, Rentner/innen pauschal zu bevorteilen. Es gebe jedoch den Sozialpass für die Personen, die Grundsicherung erhalten; diese bezahlen dann nur ermäßigten Eintritt. Der Sozialpass ist im Bürgerservice des Landratsamtes erhältlich.

TOP 2 Genehmigung der Niederschrift über die 11. Sitzung vom 28. Oktober 2015

Die o. g. Niederschrift wird mit 39 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen genehmigt.

TOP 3 Verschiedenes

TOP 3.1 Informationen der Landrätin

Frau Sojka gibt bekannt, dass die Ausstellung „Statements gegen Gewalt“ im Lichthof nur noch bis zum 3. Dezember 2015 zu sehen ist.

Zur Flüchtlingsproblematik informiert sie, dass in jeder Woche, und auch heute, dem Landratsamt ein Bus mit Flüchtlingen zugeteilt wird. Sie bedankt sich bei Herrn Thieme und seinem Team für die schnelle und professionelle Abarbeitung. Es kommen derzeit auch viele Flüchtlingsfamilien im Landkreis an und Frau Sojka bittet die Bürgermeister und Kreistagsmitglieder nochmals, bis Montag, dem 7. Dezember, freie Wohnungen zu melden, damit die Ein- und Auszüge in Altenburg-Nord reduziert werden können. Derzeit werden zuerst die Wohnungen in Altenburg-Nord angewählt, damit die Mitarbeiter eine Woche lang Zeit haben, die Flüchtlinge in die anderen Wohnungen zu verteilen und Platz für die nächsten Flüchtlinge zu schaffen. Sie äußert weiter, dass Herr Bergmann, Herr Thieme und sie selbst bereits über 20 Informationsveranstaltungen im Landkreis durchgeführt haben und sie wisse, dass die Bereitschaft in den Dörfern vorhanden ist. Sie freue sich auch über das täglich wachsende Engagement der Bürger.

Sie weist darauf hin, dass im geschützten Bereich des Kreistagsinformationssystems der „Thüringen-Atlas – Finanzen und Personal der Kommunen“ eingestellt wurde. Es wurde geschützt eingestellt, da das Thüringer Landesamt für Statistik eine Schutzgebühr von ca. 11 Euro dafür erhebt und sie nicht berechtigt ist, dieses Exemplar weiterzuverbreiten.

TOP 3.1.1 Organisationsuntersuchung bezüglich Organisationsstruktur, Personalausstattung und Aufgabenwahrnehmung im Landratsamt Altenburger Land

Herr Gumprecht erklärt, dass der Kreistag die Organisationsuntersuchung veranlasst hat und heute nun das Ergebnis von Herrn Meier (stellv. Geschäftsführer des Kommunalen Arbeitgeberverbandes) vorgestellt werden soll.

Er lässt über das Rederecht für Herrn Meier abstimmen. Das Rederecht wird einstimmig erteilt.

Herr Meier bedankt sich für die Einladung und erläutert das Ergebnis anhand einer PowerPoint-Präsentation, welche im Bürgerinformationsportal zur Verfügung stehe.

Zur Folie 4 ergänzt Herr Meier, dass der Auftakt im März 2013 war. Es sollte eine neutrale Institution damit beauftragt werden, die Organisationsuntersuchung durchzuführen. Da der KAV e. V. allerdings personell nicht die Möglichkeit hat, diese vollständig durchzuführen, konnte man auf den Fachdienst Organisation/IT im Haus zurückgreifen. Um die Transparenz zu wahren, wurde Herr Melzer, als Kreistagsmitglied, in die Arbeitsgruppe einbezogen.

Zur Folie 5 ergänzt Herr Meier, dass die Arbeitsgruppe Organisation ständig eingebunden war und auch der Personalrat beteiligt war. Die Arbeitsgruppe Organisation sei etwa 10 Mal zusammen gekommen, hat die Untersuchung begleitet und die ermittelten Zwischenstände bewertet, kontrolliert und ausgewertet. Vorgesehen ist, dass die Arbeitsgruppe auch weiterhin bestehen bleibt, um die Evaluation der Situation und die Fortschreibung des Personalkonzepts zu begleiten und zu entwickeln. Dies bedeute, dass auch in Zukunft weitere Organisationsuntersuchungen nötig sein werden.

Zur Folie 6 sagt Herr Meier, dass es weder „Ausreißer“ nach oben noch nach unten gebe. Sparpotentiale relevanter Art seien nicht zu erwarten, da der Landkreis von seiner Verwaltung her schlank aufgestellt ist. Seit 2004 ist der Landkreis im Fachbereichsmodell organisiert. In der öffentlichen Verwaltung gebe es nur zwei Arten, zum einen das Fachbereichsmodell und zum anderen das Ämtermodell.

Zur Folie 7 stellt er dar, dass der FB 3 ein sehr großer Fachbereich (ca. 230 Stellen) ist und deshalb die Zuordnungen der genannten Bereiche in den FB 1 erfolgen könnte. Die in dieser Folie genannten Änderungen könnten überdacht und die Vor- und Nachteile abgewogen werden, um ggf. Synergien nutzen zu können. Ansonsten gebe es keinen Änderungsbedarf.

Zur Folie 9 erklärt Herr Meier, dass der Landkreis nur 6 % freiwillige Aufgaben übernimmt und 94 % Pflichtaufgaben sind. Nur hinsichtlich der freiwilligen Leistungen habe der Landkreis die Möglichkeit das „ob“ und das „wie“ zu bestimmen. Nur dort könnten Streichungen durchgeführt werden.

Auf Folie 10 erkenne man allerdings, dass auch die freiwilligen Aufgaben in den letzten Jahren stark reduziert worden sind. Man müsse bedenken, dass die Attraktivität des Landkreises darunter leiden kann (z. B. Musikschule, Museum usw.), wenn in diesem Bereich weiter eingespart werden soll.

Zur Folie 12 ergänzt Herr Meier, dass bei den Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises eine Refinanzierung durch das Land erfolgt. Dies geschehe jedoch nur teilweise, da das Land davon ausgeht, dass ein Eigeninteresse der Erfüllung der Aufgaben seitens des Landkreises besteht.

Zur Folie 16 erklärt Herr Meier, dass im Bereich Öffentlichkeitsarbeit ursprünglich davon ausgegangen wurde, dass eine Stelle zu viel sein könnte. Jedoch sei nicht bedacht worden, dass die Pflege der Homepage zentral durch eine Stelle erledigt wird und dass das Layout des Amtsblattes in Eigenregie erstellt wird. Von den 3 Stellen aus dem Stellenplan seien außerdem derzeit nur 2,6 Stellen besetzt. Dadurch ergebe sich keine Einsparmöglichkeit.

Auch im Fachdienst Kommunalaufsicht sei eine Einschränkung derzeit nicht machbar.

In Folie 17 gehe es um den Fachbereich 1, der sehr ausgewogen ist. Die ½ Stelle Überhang im FD Personal sei unbesetzt und werde 2016 gestrichen.

In Folie 18 sei ein leichter Personalbedarf von 0,3 Stellen im FB 2 dargestellt. In Altenburg gebe es eine spezielle Situation, da es 3,725 Erziehungsberatungsstellen gebe, die bei anderen Landkreisen outgesourct sind. Die Organisationsuntersuchung habe gezeigt, dass das eigene Betreiben der Stelle kostengünstiger ist.

Zur Folie 19 erläutert Herr Meier, dass im FB 3 im FD Straßenbau/-verwaltung 2 Stellen Personalüberhang festgestellt worden sind, jedoch sind durch das Hochwasser noch einige Nacharbeiten erforderlich. Deshalb sei von einer Ausgewogenheit auszugehen und es gebe kein Einsparpotenzial.

Im FD Zentrale Dienste könnte es einen Personalüberhang von einer Stelle geben. In diesem Bereich werde dem Landkreis eine weitere Organisationsuntersuchung empfohlen.

Folie 20 zeige den FB 4. Im FD Bauordnung und Denkmalschutz seien 15 Stellen im Stellenplan verankert. 2 Stellen könnten zu viel sein; 1 Stelle werde allerdings bis 2017 durch eine Verrentung eingespart. Perspektivisch könne davon ausgegangen werden, dass es keine Überbesetzung gibt. Im Gegenteil: Beim Blick auf die Altersstruktur sei davon auszugehen, dass in den nächsten Jahren so viele Mitarbeiter ausscheiden, dass nicht eingespart, sondern die Stellen neu besetzt werden müssen, um die Handlungsfähigkeit des Hauses zu gewährleisten. Beim FD Natur- und Umweltschutz werde ebenfalls eine weitere Überprüfung empfohlen.

Zur Folie 21 erklärt Herr Meier, dass es insgesamt rein rechnerisch einen Personalüberhang von 9,2 Stellen gebe, aber bereits 4,5 Stellen davon reduziert werden. Man müsse aber auch beachten, dass es politische Entscheidungen im Haus gibt, dass Ehrenamtsbeauftragte, Migrationsbeauftragte beschäftigt werden müssen, dass es erhebliche Rückstände bei den Widersprüchen gibt; zu bedenken sei ebenfalls die hochwasserbedingte Problematik.

Er erinnert, dass immer beachtet werden sollte, dass die Aufgabenerfüllung gewährleistet sein muss.

Die festgestellten 4,7 Stellen Überhang können, wie sich in den nächsten Folien zeigt, sozialverträglich abgebaut werden; durch altersbedingte Abgänge.

In den *Folien 22 bis 27* wird die Altersstruktur des Landratsamtes mit seinen Fachbereichen dargestellt.

Korrespondierend zur Darstellung des Alters gebe es krankheitsbedingte Ausfälle, die in **Folie 29** dargestellt sind.

Zu Folie 30 erklärt Herr Meier weiterhin, dass die Hintergründe der höheren Ausfalltage die höhere Arbeitsbelastung im Osten und ein höherer Altersdurchschnitt seien.

In Folie 31 sei die Qualifikation der Mitarbeiter aufgezeigt. 87 % der Beschäftigten seien für ihre Aufgabe qualifiziert. Er weist auf die berufsbegleitenden Fortbildungslehrgänge hin, die viele Mitarbeiter freiwillig, auf eigene Kosten besuchen und erklärt, dass im § 5 des TVÖD die „Fortbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen“ benannt sind. Auf dieser Grundlage könne eventuell eine Regelung gefunden werden, die Mitarbeiter, die dazu bereit sind, zu fördern. Der KAV stehe dafür gern beratend zur Verfügung.

Herr Gumprecht bedankt sich bei Herrn Meier für die Ausführungen und gibt die Möglichkeit der Nachfragen. Dabei merkt er jedoch an, dass inhaltliche Diskussionen in den jeweiligen Ausschüssen geführt werden sollten.

Herr Schemmel fragt, ob die Fraktionen noch ein paar gedruckte Exemplare bekommen können, damit man sich damit beschäftigen kann. Eine Bewertung des Gutachtens könne so schnell nicht erfolgen. Er merkt jedoch an, dass es nur wenige Ansatzpunkte gebe, um Einsparungen zu treffen und um die Kreisumlage zu senken. Die vorgetragenen Ergebnisse helfen nicht dabei, die Höhe der Kreisumlage zu senken. Der Bericht lasse es so erscheinen, dass auf dem Personalsektor lediglich ca. 3 Stellen eingespart werden können. Nichtsdestotrotz können diese Ergebnisse nicht einfach hingenommen werden, sondern

es bestehe nach wie vor die Aufgabe, nach Einsparungen und weiteren Möglichkeiten im Personalbereich zu suchen.

Herr Gumprecht macht den Vorschlag, dass sich heute nur auf Nachfragen konzentriert wird und die Bewertung des Gutachtens in einer der folgenden Ausschuss- oder Kreistagssitzungen durchgeführt wird.

Frau Sojka erklärt, dass natürlich weitere Exemplare erstellt werden können, jedoch sollen diese konkret - auch im Hinblick auf die Sparsamkeit - gemeldet werden. Die Kreistagsmitglieder können dies per E-Mail oder mündlich anzeigen.

Sie bedankt sich insbesondere bei Herrn Melzer, der diese Arbeitsgruppe geführt hat und bei Herrn Meier, der das Gutachten heute vorgestellt hat, stellvertretend für Frau Donath. Ohne die Zuarbeit des FD Organisation wäre dies alles nicht möglich gewesen; deshalb ebenfalls ein Dank an Herrn Wiegner und seine Mitarbeiter. Auch sie selbst habe zwischenzeitlich Zweifel gehabt, ob das Gutachten fertiggestellt werden kann, da der KAV personell auch schmal aufgestellt sei. Zum Schluss sei jedoch eine gute Arbeit daraus geworden. Sie denkt, dass diese Organisationsuntersuchung auch hilfreich ist für die Betrachtung der Aufgabenverteilung in ganz Thüringen.

Herr Neumann merkt an, dass der Prozess der Erstellung 2 ½ Jahre gedauert hat und fragt, ob dies üblich ist oder ob es auch in 2 bis 3 Monaten hätte erfolgen können.

Herr Meier erklärt, dass der KAV ein kleiner Verband von 10 Mitarbeitern, ohne Verwaltungskräfte nur 6 Mitarbeiter, ist. Eine Kollegin, die Sachbearbeiterin in diesem Bereich, sei bereits seit einem Jahr erkrankt. Dadurch habe die Geschäftsführerin, Frau Donath, diese Aufgabe übernommen und die Hauptlast getragen. Diese habe jedoch aber auch noch andere Verpflichtungen, wie z. B. Tarifverhandlungen, Gerichtsverhandlungen etc. Eine Organisationsuntersuchung sei jedoch auch kein Vorgang, der innerhalb von 2 bis 3 Monaten abgehandelt werden kann. Jeder Landkreis in Thüringen sei hinsichtlich seiner Verwaltung und Ziele etc. anders aufgestellt; darauf müsse reagiert werden. Er bittet um Verständnis.

Frau Sojka ergänzt, dass es früher bereits eine Organisationsuntersuchung im FD Gesundheit gegeben habe, bei der ein Institut damit beauftragt wurde. Diese Untersuchung habe viel Geld gekostet; wenn man dies für alle Fachdienste veranlasst hätte, wäre es sehr teuer geworden. Außerdem sei der Landkreis Altenburger Land der zweite Landkreis mit der Idee der Beauftragung des KAV gewesen; danach kamen viele andere Landkreise hinzu und somit hatte der KAV gleich mehrere Landkreise zu bearbeiten. Dadurch konnte aber auch eingeschätzt werden, dass mit dem Fachbereichsmodell mehr eingespart wird, als mit dem Ämtermodell. Sie selbst habe es oft bedauert, dass es kein Ämtermodell im Landratsamt mehr gibt, habe aber verstanden, dass es eine Einsparmethode ihres Vorgängers war. Frau Donath habe sie bei den Tarifverhandlungen der Erzieher erlebt und wisse daher, wie viel Arbeit dahinter steckt. Frau Sojka erklärt weiterhin, dass - sobald es Ergebnisse der Organisationsuntersuchung gab - diese auch umgesetzt wurden, was nicht immer einfach gewesen sei. Sie sei froh, dass die Führungsebene nun vollständig besetzt ist und ist sich sicher, dass Herr Bergmann, als Fachbereichsleiter, zu gegebener Zeit einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen wird.

Herr Melzer erklärt zur Zeitschiene, dass der Auftrag zur Organisationsuntersuchung im Kreistag 2013 erteilt worden sei, mit dem Ziel, bereits im Herbst für die Haushaltsplanung 2014 Ergebnisse einarbeiten zu können. Dies hätte so auch geschehen können, wenn man die Präsentation von Frau Donath für den eigenen Wirkungskreis verwendet hätte.

Damals hieß es 1,91 VzÄ pro 1000 Einwohner, welcher jetzt bei 2,1 liegt. Deshalb sei er froh, dass die Untersuchungen in den Fachbereichen stattgefunden haben. Die Fachbereiche haben entsprechende Aufgabenbögen erhalten, die Führungskräfte mussten mit ihren Fachdiensten Stellungnahmen abgeben und dadurch sei auch etwas Zeit vergangen. Für ihn habe sich herausgestellt, dass die Verwaltung angemessen aufgestellt ist, was man auch so akzeptieren müsse; es müsse ebenfalls die Personalentwicklung aufgrund der Altersstruktur beachtet werden. Für ihn persönlich sei diese Untersuchung eine sehr gute Erfahrung gewesen, da man die Arbeit der Verwaltung schätzen lernt. Auch Herr Melzer bedankt sich bei Herrn Wiegner und seinem Team für die geleistete Arbeit und die Zusammenarbeit.

Herr Schwerd ergreift das Wort und bedankt sich bei Herrn Meier für seine Mühe. Er findet die PowerPoint-Präsentation sehr übersichtlich und er bittet, dass diese für alle Kreistagsmitglieder zur Verfügung gestellt wird. Er wendet sich an Herrn Melzer und äußert, dass er froh ist, dass dieser gesagt habe, dass es ein Beschluss des Kreistages war, der zur Haushaltskonsolidierung 2013 gefasst wurde und dass diese Idee vom Kreistag kam, zu überprüfen, in wie weit die Personalkosten angemessen sind.

Weitere Fragen gibt es nicht.

TOP 3.2 Anfragen aus dem Kreistag

Herr Schwerd rügt die knappe Antwort der Landrätin zu der Bürgeranfrage von Herrn Krause und bittet, auf die Frage des Herrn Krause nochmals einzugehen.

Herr Bergmann bestätigt zunächst, dass die Auskunft der Landrätin korrekt war.

An Herrn Krause gewandt, bittet Herr Bergmann diesen, seine Anschrift zu hinterlassen, damit noch eine Beantwortung erfolgen kann. Im Rahmen des KT sei dies jetzt nicht möglich.

Herr Bergmann äußert, dass bekannt sei, dass der Landkreis sich für das Prinzip der dezentralen Unterbringung entschieden habe. Dies werde auch fortgeführt werden. Es sei aber auch bekannt, dass die Zahlen, die der Behörde zur Verfügung gestellt werden im Hinblick auf die Flüchtlinge, die noch kommen, einfach wenig belastbar sind. Deshalb müsse sich der Landkreis auf die kommenden Herausforderungen einstellen. Daher habe man es für sachgerecht und geboten gehalten, in Kooperation mit den Bürgermeistern, die Suche nach geeigneten Standorten fortzuführen und zu konkretisieren, um zu schauen, wo ein Standort - nach Möglichkeit im Benehmen mit den Bürgermeistern und im Idealfall mit den Gemeinderäten – möglich wäre. Das sei der Sinn dieser Anfrage, die an die Bürgermeister gestellt wurde.

Weitere Anfragen gibt es keine.

KT-DS/0134/2015

TOP 4 Mittelverwendung Regionalbudget 2016

Herr Liefländer fragt nach dem Sachstand betr. „Erwerb und Instandsetzung des Dampfkessels einer Dampflokomotive“. Er möchte wissen, wie realistisch es ist, dass der Kessel fertig gestellt wird bzw. die Lok tatsächlich fährt. Er wisse, dass es viele Schwierigkeiten gab, fragt jedoch, ob gehofft werden kann, dass das Projekt noch realisierbar ist.

Frau Sojka antwortet, dass es der Wunsch des Lenkungsbeirates gewesen sei, das Geld dafür zu reservieren. Ob jedoch die Hoffnung besteht, dass der Dampfkessel fertig gestellt werden kann, könne sie nicht sagen. Die damals damit betraute Firma sei nicht mehr in

der Lage, das Projekt fortzuführen. Es müsse mit dem Landesverwaltungsamt abgestimmt werden, ob unter Hinzuziehung des Kohlebahnvereins eine andere Firma gefunden wird, die das Projekt beenden kann.

Frau Klaubert informiert, dass der Ausschuss für Wirtschaft, Umwelt und Bau einstimmig die Beschlussfassung empfiehlt.

Frau Sojka gibt bekannt, dass der Kreisausschuss die Vorlage ebenfalls einstimmig zur Beschlussfassung empfiehlt.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Beschluss Nr. 131:

1. Der Kreistag beschließt die als Anlage dargestellten und vom Lenkungsbeirat bestätigten Projekte für 2016.
2. Die Landrätin ist ermächtigt, Verträge mit den Städten und Gemeinden, welche als Maßnahmeträger benannt sind, abzuschließen und das Verfahren an diese zu übertragen.

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 40 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

KT-DS/0135/2015

TOP 5 Feststellung der Jahresrechnung 2014, Ergebnisverwendung sowie Entlastung der Werkleitung des Dienstleistungsbetriebes Abfallwirtschaft/Kreisstraßenmeisterei des Landkreises Altenburger Land

Herr Greunke informiert, dass der Werkausschuss einstimmig die Beschlussfassung empfiehlt.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Beschluss Nr. 132:

Der Kreistag beschließt:

- Der Jahresabschluss 2014 des Dienstleistungsbetriebes Abfallwirtschaft/Kreisstraßenmeisterei des Landkreises Altenburger Land wird in der vorliegenden vom Wirtschaftsprüfungsunternehmen WIBERA testierten Form festgestellt.
- Der in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesene Jahresgewinn von 91.021,70 Euro wird unter Berücksichtigung der nachrichtlichen Rücklageneinstellung (65.073,61 Euro) und -entnahmen (26.000,00 €) auf neue Rechnung vorgetragen.
- Der Werkleitung wird für das Geschäftsjahr 2014 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 40 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde einstimmig mit 39 Ja-Stimmen gefasst. 1 Kreistagsmitglied hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

KT-DS/0136/2015

TOP 6 Bestellung des Prüfers für den Jahresabschluss 2015 des Dienstleistungsbetriebes Abfallwirtschaft/Kreisstraßenmeisterei des Landkreises Altenburger Land

Herr Greunke informiert, dass der Werkausschuss einstimmig die Beschlussfassung empfiehlt.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Beschluss Nr. 133:

Der Kreistag beschließt, für die Prüfung des Jahresabschlusses 2015 des Dienstleistungsbetriebes Abfallwirtschaft/Kreisstraßenmeisterei des Landkreises Altenburger Land die

WIBERA
Wirtschaftsberatung AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Parsevalstraße 2, 99092 Erfurt

deren Angebot in der Anlage beigefügt ist, zu bestellen.

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 40 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

KT-DS/0137/2015

TOP 7 Ergänzung zum Kreistagsbeschluss vom 05.03.2014 zum Investitionsvorhaben Erweiterungsbau Seniorenzentrum Meuselwitz GmbH

Es gibt keine Fragen.

Herr Prehl informiert, dass der Ausschuss für Soziales und Gesundheit einstimmig die Beschlussfassung empfiehlt.

Herr Nündel gibt bekannt, dass der Finanzausschuss die Vorlage ebenfalls einstimmig zur Beschlussfassung empfiehlt.

Frau Sojka sagt, dass der Kreis Ausschuss die Vorlage ebenfalls einstimmig zur Beschlussfassung empfiehlt.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Beschluss Nr. 134:

Der Kreistag stimmt dem in der Gesellschafterversammlung der Seniorenzentrum Meuselwitz GmbH am 10.11.2015 unter Gremienvorbehalt gefassten Beschluss, die Grundsatzentscheidung zum Investitionsvorhaben Erweiterungsbau vom 05.03.2014 um folgende Inhalte zu ergänzen, zu:

1. Modifizierung der Variante 2 der Machbarkeitsstudie mit Direktanbindung des Erweiterungsbaus an den Bestandsbau, Verlegung der Feuerwehrezufahrt einschließlich Baumaßnahmen im Bestandsbau mit einem Finanzrahmen von ca. 3,8 Mio. € nach DIN 276-1.
2. Bestätigung des vorgelegten Finanzierungskonzeptes (mit Stand September 2015) mit Baukosten in Höhe von ca. 3,8 Mio. € mit einer Fremdfinanzierung i. H. v. 3,2 Mio. € und Eigenmitteln aus der Rücklage von rund 600 T€.

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 39 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde einstimmig mit 38 Ja-Stimmen gefasst. 1 Kreistagsmitglied hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

KT-DS/0138/2015**TOP 8 Grundsatzbeschluss zur Sanierung und zum Erweiterungsbau der Staatlichen Grundschule Nobitz**

Herr Melzer erklärt, es sei gut, dass in die Schulen investiert wird. Die CDU-Fraktion werde dieser Vorlage auch mehrheitlich zustimmen. Er finde allerdings, dass – im Hinblick auf die Schulnetzplanung 2013 – keine klare Linie bezüglich der Investitionen im Schulbereich erkennbar ist. Er wisse natürlich, dass es einen Investitionsstau von ca. 30 Millionen Euro gibt und dass auch weiterhin in die Schulen investiert werden müsse, was ja in der Vergangenheit getan wurde. Er äußert, dass die Aussagen der Schulnetzplanung 2013 und die in letzter Zeit erfolgten Medienberichte nicht übereinstimmen - so würden die Gymnasien Schmölln und Meuselwitz in Frage stehen. Jetzt solle über einen Neu- bzw. Erweiterungsbau der GS Nobitz beschlossen werden – Kosten: 3 Mill. Euro. In der Schulnetzplanung 2013 habe bei Nobitz noch eine erforderliche Investitionsstamme von 1 Mill. Euro gestanden. Ferner habe das Hauptaugenmerk in der Schulnetzplanung bis 2018/2019 im Bereich der Schulorganisation Wieratal-Nobitz auf dem Neubau der Sporthalle gelegen, die jetzt auch gebaut werde. Von einem Erweiterungs- bzw. Neubau sei damals keine Rede gewesen. Lt. Schulnetzplanung 2013 sollte sich die Verwaltung um eine Variantenuntersuchung im Bereich Oberes Sprotental kümmern. Nöbdenitz, Thonhausen, Großstechau – 3 Schulen in einer Verwaltungsgemeinschaft mit ca. 4.000 Einwohnern. Die Aussage war, dass es eine Variantenuntersuchung bis Herbst 2016 gibt; im Februar 2017 sollte die Schulorganisation fortgeschrieben werden. Diese möglichen Ausgaben seien bis jetzt gar nicht berücksichtigt. Er befürchtet, dass die Prioritäten, die im Rahmen der Schulnetzplanung 2013 gesetzt wurden, nicht erfüllt werden können.

Herr Melzer und die CDU-Fraktion wünschen, dass die Kreisträte in der nächsten Zeit eine Prioritätenliste entsprechend des Bauzustandes der Schulen für die Fortschreibung der Schulnetzplanung erhalten.

Herr Liefländer äußert, dass er mit den von Herrn Melzer geäußerten Bedenken übereinstimme. Er ergänzt, dass die Fraktion „Die Regionalen“ mehrheitlich davon überzeugt sei, dass diese Investition sinnvoll ist. Er glaube auch nicht, dass eine Überarbeitung der Schulnetzplanung zu anderen Feststellungen betr. Nobitz gelangen würde. Im Hinblick auf den Haushalt verweist er darauf, dass ebenso im letzten Jahr die Sanierung des Lerchenberggymnasiums beschlossen wurde, bevor der HH 2015 beschlossen war; die gleiche Situation gebe es jetzt wieder, dass bereits vor der Beratung für den HH 2016 wieder eine Investition von bis zu 375 TEuro Eigenanteil im nächsten Jahr beschlossen werden soll. Dies seien alles Dinge, die zum einen in die HH-Diskussion und zum anderen in die Diskussion um die Schulnetzplanung insgesamt hineingehören. Man sollte nicht immer nur einzelnen Projekten zustimmen, sondern das Gesamte im Blick haben. Gerade die gesamte Schulnetzplanung müsse langfristig angegangen werden, auch vor dem Hintergrund der Diskussion über die Gymnasien, da die Regionalen diesbezüglich der Auffassung seien, dass dort der Investitionsbedarf genauso vorhanden ist wie in Nobitz auch.

Frau Sojka begründet das unzeitgemäße Einbringen dieser Vorlage damit, dass es ein Bundesprogramm für Schulen gegeben habe, bei dem die Bearbeitungszeit nur einen Monat betrug. Wenn die Verwaltung dann keine Projekte „in der Schublade“ habe, sei eine Bewerbung nicht möglich. Jedoch habe die Verwaltung dann Kenntnis davon erhalten,

dass es ein Landesprogramm „Schulen und Bildung“ geben wird und dass die Förderung höher sei als beim Bundesprogramm. Daher sei es wichtig, vorbereitete Projekte zu haben, um diese schnellstmöglich einreichen zu können. Sie bemühe sich, Fördermittel für den Landkreis zu organisieren und bittet um Bestätigung dieser Beschlussvorlage. Es sei immer wichtig, zuerst eine Studie zu haben. Eine Studie, die 2014 im HH verankert war, sei durchgeführt worden; die Studie für den Bereich Oberes Spertental sei allerdings im Rahmen der HH-Diskussion gestrichen worden. Sie bittet, dem Beschlussvorschlag zu folgen, da in Nobitz langfristig der Bestand der Schule gesichert sei.

Herr Zippel informiert, dass der Ausschuss für Schule, Kultur und Sport einstimmig die Beschlussfassung empfiehlt.

Frau Klaubert gibt bekannt, dass der Ausschuss für Wirtschaft, Umwelt und Bau die Vorlage mit 5 Ja-Stimmen und einer Enthaltung zur Beschlussfassung empfiehlt.

Herr Nündel sagt, dass der Finanzausschuss die Vorlage einstimmig zur Beschlussfassung empfiehlt.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Beschluss Nr. 135:

1. Der Kreistag beschließt zur Sicherung des Schulstandortes Grundschule Nobitz die Variante 2 „Sanierung/Umbau Haus 3 mit Erweiterungsneubau“. Die Durchführung der Baumaßnahme ist abhängig von der Sicherung der Finanzierung.
2. Die Landrätin wird ermächtigt, zur Finanzierung die Förderung im Rahmen des in Aussicht gestellten Förderprogrammes für die Gewährung finanzieller Aufwendungen zur Förderung des Schul- und Sporthallenbaus (Schulbauförderrichtlinie/ SchulbauFR) zu beantragen. Die erforderlichen Eigenmittel sind in den Haushaltsplan einzuarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 39 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde mit 36 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen gefasst.

Altenburg, den 28.01.16

Der Vorsitzende

Die Schriftführerinnen

Christian Gumprecht
Vorsitzender des Kreistages

Kerstin Gabler, Katleen Kamprad
Büro des Kreistages